



Der kartellrechtliche ordre public in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit

Rüdiger Morbach

An der Schnittstelle zwischen der Schiedsgerichtsbarkeit und dem Kartellrecht liegt die Privatautonomie. Sie wird durch die Regeln des Kartellrechts gewährleistet und stellt zugleich die Legitimationsgrundlage der Schiedsgerichtsbarkeit dar. Dabei steht sie in beiden Rechtsgebieten im Konflikt mit dem staatlichen Ordnungsinteresse. Während dieser Konflikt im Kartellrecht allgegenwärtig ist, manifestiert er sich in der Schiedsgerichtsbarkeit, sobald das Schiedsverfahren mit zwingendem staatlichen Recht in Berührung kommt, insbesondere wenn ein staatliches Gericht über die Vollstreckbarerklärung oder Aufhebung eines Schiedsspruchs entscheiden muss. In diesem Fall treffen nicht nur Privatautonomie und staatlicher Zwang aufeinander, sondern auch Schiedsgerichtsbarkeit und staatliche Gerichtsbarkeit. Werden beide als gleichwertig angesehen, darf das staatliche Gericht einen Schiedsspruch grundsätzlich nicht in der Sache überprüfen (Prinzip der *non-révision au fond*). Es darf nur prüfen, ob die Vollstreckung des Schiedsspruchs einen wesentlichen Grundsatz des von ihm zu schützenden staatlichen Rechts verletzen würde, seinen *ordre public*. Enthalten diese wesentlichen Grundsätze Regeln des Kartellrechts, handelt es sich um den kartellrechtlichen ordre public. Der kartellrechtliche ordre public, seine Bedeutung für das Schiedsgericht und seine Überprüfung durch das staatliche Gericht werden in dieser Dissertation untersucht.

Dazu bedarf es eingangs einer allgemeinen Betrachtung der Schnittstellen zwischen Kartellrecht und Schiedsgerichtsbarkeit (1. Kapitel). Diese widmet sich einerseits den theoretischen Grundlagen der Beziehung beider Rechtsgebiete, andererseits den vielen praktischen Formen des Aufeinandertreffens von Kartellrecht und Schiedsgerichtsbarkeit. Davon ausgehend soll sich dem kartellrechtlichen ordre public genähert werden, indem dieser in allen seinen Erscheinungsformen dargestellt wird, die anhand ihrer Wirkungen in gängige ordre-public-Kategorisierungen eingeordnet werden und miteinander so ins Verhältnis gesetzt werden, dass Konflikte und ein möglicher Umgang mit ihnen erkennbar werden (2. Kapitel). Im Anschluss soll aufgezeigt werden, wie staatliche Gerichte Schiedssprüche auf eine Verletzung des kartellrechtlichen ordre public überprüfen, welche Kontrollparameter ihre Untersuchung beeinflussen, wie sich Parallelverfahren vor Wettbewerbsbehörden darauf auswirken und welche Gestaltungsmöglichkeiten ein staatliches Gericht hat, das eine Verletzung des kartellrechtlichen ordre public feststellt (3. Kapitel). Im Anschluss sollen Möglichkeiten für das Schiedsgericht und die Schiedsparteien ergründet werden, einen Verstoß gegen den kartellrechtlichen ordre public zu vermeiden (4. Kapitel).

